

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 26 (1970)
Heft: 5

Artikel: Unser Stimmrecht : Erfolg und ... kein Erfolg
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845398>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sitzung des Zürcher Gemeinderates vom 29. April 1970

Erstlingsreden von zwei Frauen zur Spitaldebatte

Im Zentrum der von Hermann Wiget geleiteten Ratssitzung stand eine lebhaft und grundsätzlich geführte Debatte um die attraktivere Gestaltung der Pflegeberufe in Heimen und Spitälern. Von seiten des VPOD war eine Anregung eingereicht worden, welche die Gleichstellung des Spitalpersonals mit dem übrigen Personal durch Verwirklichung der 44-Stunden-Woche fordert, während andererseits von ärztlicher Seite die Gegenposition verfochten und nach anderen Massnahmen zur Hebung der Berufe Umschau gehalten wurde.

Die Debatte gewann erheblich an Substanz durch die Erstlingsreden von zwei Gemeinderätinnen, die beide aus praktischer Erfahrung heraus und abseits der festgefahrenen Fronten ihre Meinungen vorbrachten.

Frau Dr. Liliane Uchtenhagen setzte sich mit einer schwungvoll, frei vorgetragenen Rede für die Anliegen der jungen Generation in den Pflegeberufen ein.

Die jungen Leute verlangen normale Arbeitsbedingungen. Das bedeutet, dass man mit der Zeit zum Schichtbetrieb übergehen muss. Das muss nicht auf Kosten des Patienten gehen, denn die «rituellen Abläufe» dienen diesem auch nicht immer. Unter modernen Arbeitsbedingungen lassen sich die Abwanderungen vermeiden und verheiratete Frauen leichter wieder einsetzen. Frau Uchtenhagen betonte, dass die jungen Schwestern nicht mehr in «Schwesterntürmen» wohnen wollen.

Oberschwester Margrit Schellenberg stützte sich in ihrem Votum auf eine Meinungs-

umfrage unter den Schwesternschülerinnen.

Diese wünschen die 44-Stunden-Woche, allerdings nicht bloss auf dem Papier. Vorerst sollten die Differenzen in den Landspitälern abgebaut werden.

Auch diese Rednerin bestätigte, dass das Wohnen im Internat keineswegs als glücklich empfunden wird. Gewünscht wird ferner besoldungsmässige Gleichstellung Stadt/Kanton sowie vermehrte innerbetriebliche Weiterbildung. Der Schichtbetrieb indessen wäre dem abträglich.

Auf jeden Fall trugen beide Voten zur Belegung der Sitzung bei und demonstrierten augenfällig, wie sehr die Mitsprache der Frau in der Politik gerechtfertigt ist.

Unser Stimmrecht Erfolg und ... kein Erfolg

In Nidwalden haben wir es einem Jugendkomitee zu verdanken!

Nidwalden ist der erste Innerschweizer Kanton, der das Frauenstimmrecht eingeführt hat. Die von rund 3 000 Stimmberechtigten besuchte Landsgemeinde im Ring zu Wil an der Aa stimmte der Regierungsvorlage einmütig zu und hiess mit grossem Mehr einen Zusatzantrag des überparteilichen Jugendkomitees gut, welches das integrale Frauenstimmrecht in den Gemeinden forderte. In der Schlussabstimmung sprachen sich nur knapp hundert Landsgemeindebürger gegen die politischen Rechte der Frau aus. Selbst die kühnsten Optimisten hatten nicht mit einer so überwältigenden Annahme gerechnet. Das mit Abstand «heisseste» Sachgeschäft war die landrätliche Vorlage für die Ein-

führung des Frauenstimm- und -wahlrechts, für das seit der Totalrevision der Kantonsverfassung bereits die Grundlagen bestanden. Der Landrat wollte den Frauen das Aktivbürgerrecht nur im Schul-, Kirchen- und Armenwesen der Gemeinden gewähren. Ein überparteiliches Komitee junger Nidwaldner Bürger reichte dann aber den Zusatzantrag ein und verlangte, dass die Frauen auch in den politischen Angelegenheiten mitbestimmen dürften. Für die weniger weit gehende offizielle Version machte sich niemand eigentlich stark, und der pauschale Verwerfungsantrag eines Landsgemeindebürgers fand erst recht keinen Widerhall. Nach Voten des jungen Klaus Niederberger, des Initianten der jugendlichen Anträge, und des Baudirektors, Nationalrat August Albrecht, wurde das Frauenstimmrecht mit grosser Mehrheit angenommen.

Wallis Ja!

Aus der Vorpropaganda:

Gefahr für die «letzten Mohikaner» der Westschweiz

Mit 19 000 Nein gegen 8 000 Ja hatten die trutzigen Mannen an der eidgenössischen Abstimmung über das Frauenstimmrecht vom Februar 1959 die Männerherrschaft im Bergkanton verteidigt.

Nationalpark für Männerherrschaft?

Der Satiriker Jack Rollan spottet: «Vielleicht hätten die Walliser gar nicht so unrecht, wenn sie das Frauenstimmrecht verwerfen würden. Man muss sich fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, die selten gewordenen Erdenwinkel zu retten, in denen der Mann dank der Vorsehung noch über den Ruhm seiner Autorität verfügt — ähnlich wie man die vom Aussterben bedrohten Tierarten in Nationalparks hegt. Pour-

quoi pas? Man schützt die Braunbären in Finnland, die Flamingos in der Camargue, nicht zu reden von den heiligen Kühen Indiens. Warum sollte man nicht auch die Walliser als letzte Mohikaner vor dem Frauenstimmrecht retten, das diese tapfere Wählerrasse auf immer zum Verschwinden bringen will?» Doch Jack Rollan begeht eine Unterlassungssünde: Er spricht nur von den «letzten Mohikanern» in den Kantonen der Westschweiz.

(Aus dem Tagesanzeiger)

26 263 Ja zu 9 895 Nein

Vielleicht hat gerade dieser Spott auf die «letzten Mohikaner» mitgeholfen, dass ein so gutes Abstimmungs-Resultat zustande kam.

Die Zahl der Befürworter des Frauenstimmrechts ist also ständig im Steigen: Im Waadtland betrug die Ja-Mehrheit am 1. Februar 1959 noch 52 Prozent, in Neuenburg im September desselben Jahres 54 Prozent. Genf erreichte im März 1960 55 Prozent, Basel-Stadt (als erster Deutschschweizer Kanton) 1966 60 Prozent, das Tessin im Oktober 1969 63 Prozent, Freiburg im November sogar 71 Prozent. Die Walliser übertrafen nun sogar die Begeisterung der Freiburger. Hatte in Freiburg noch 39 kleine Gemeinden abgelehnt, so waren es im Wallis nur noch sieben Gemeinden. Von staatspolitischer Bedeutung ist beim Walliser Resultat, dass nicht der deutschsprachige Kantonsteil vom französischsprachigen Mittel- und Unterwallis überstimmt wurde. Auch die Deutschwalliser haben der Parole der welschen Befürworter zugestimmt: «Une fleur pour votre Compagne.» Die Zahl von dreizehn Sternen im Walliser Wappen wurde für die Frauen zu einer Glückszahl: Alle Bezirke stimmten zu.

Appenzell Inner- und Ausserrhoden: Nein! Keine Gefahr für die «letzten Mohikaner».

Trotz eifriger Vorpropaganda haben weder in Appenzell Ausserrhoden noch in Appenzell Innerrhoden die Befürworter des Frauenstimm- und -wahlrechtes an den diesjährigen Landsgemeinden einen Sieg davontragen können. Mit knappen Mehrheiten wurden an beiden Landsgemeinden nach mehreren Abstimmungen die Anträge auf Gewährung des Gemeindestimm- und -wahlrechts an die Frauen verworfen. In Appenzell hat der Souverän vorerst die Jungbürgerinitiative auf obligatorische Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts in Kirch- und Schulgemeinden in einer Eventualabstimmung zugunsten der fakultativen Einführung abgelehnt, in der Hauptabstimmung sodann aber auch das Fakultativum bachab geschickt. In Ausserrhoden, wo die Frauen in kirchlichen Angelegenheiten bereits stimmberechtigt sind, fand der Antrag auf fakultative Einführung der Gleichberechtigung der Frauen in den politischen Gemeinden ebenfalls keine Gnade.

In Ausserrhoden waren vier Abstimmungen notwendig, ehe man sich auf dem Podest, auf das noch Kantonsräte zur genauen Abklärung der Sachlage hinaufgebeten wurden, einig über das Ergebnis war.

Es war eine deutliche Zweiteilung festzustellen, stimmten doch die jungen, stadtnahen Stimmbürger beinahe geschlossen für die Vorlage, dagegen wandten sich insbesondere die älteren Jahrgänge. Die Abstimmungen waren durch lautstarke Zwischenrufe gekennzeichnet und durch den Abmarsch etlicher enttäuschter Frauen nach Bekanntgabe des Ergebnisses.

Über die Abstimmung habe ich durch das Fernsehen erfahren. Schon damals fiel mir diese ungenaue Art des Abstimmens auf. Die Herren auf dem Podium oben hätten sich wohl genau so gut für das Frauenstimmrecht aussprechen können, wenn sie gewollt hätten, aber... Hier erfahren wir nun, dass es die Jungen waren, die uns Frauen Gerechtigkeit widerfahren lassen wollten, und die standen eben nur unten vor dem Podium. Denken wir daran, dass sie bald oben stehen; einen Trost muss man sich einfallen lassen!

... und schon hat Giswil

als erste Gemeinde des Kantons Obwalden die Einführung des Frauenstimmrechts in Gemeindeangelegenheiten beschlossen. 151 Stimmbürger sprachen sich für und 142 gegen die Vorlage aus.

Die Frauenstunde am Radio Zürich

Viele von uns erinnern sich gewiss daran, wie Elisabeth Thommen früher die Frauenstunde gestaltete. Immer wieder sprach sie selbst über die politischen Rechte und über die Gleichberechtigung der Frau, oder zog andere Autorinnen zu. Damals hatte diese Sendung «Für die Frau» weitgehend politischen Charakter. E. Th. bekam viele positive Zuschriften, musste aber für ihr mutiges Einstehen oft schlimme Angriffe in Kauf nehmen. Eine zeitlang wurde sie zum Beispiel jede Nacht durch das Telefon von irgend einem Frauenfeind geweckt, der ihr dann hässliche Dinge sagte, so dass die schwer herzkrankte Frau nicht mehr schlafen konnte. Trotzdem liess sie sich nicht einschüchtern.